

tenrate in den Städten, vor allem unter Migranten, und Analphabetismus wandelt sich: Nicht mehr vorenthaltene Bildung, sondern Bildungsabbruch ist kennzeichnend. 86% der neuen Analphabeten von 30 Mio. Menschen sind zwischen 15 und 50 Jahre alt, was bedeutet, dass die neunjährige Schulpflicht nicht greift. (CD, 2.4.07; ST, 3.4.07; SCMP, 4.5.07)

Gesellschaft

Günter Schucher und Ole Döring

Neue Regeln zur Meldung von Arbeitsunfällen

Kein Tag vergeht, an dem in China nicht ein Kohlebergarbeiter ums Leben kommt, im Jahr 2006 waren es sogar durchschnittlich 13 pro Tag, insgesamt 4.746 Menschen. Der Kohlebergbau ist damit die Industrie mit den meisten arbeitsbedingten Todesfällen in China. Aber sie ist nicht die einzige, in der die Bestimmungen zur Arbeitssicherheit nicht eingehalten werden oder zu unvollständig sind. In der Metall verarbeitenden Industrie stieg die Zahl der Unfälle im Jahr 2006 um 28,6% gegenüber dem Vorjahr auf 270, getötet wurden 244 Arbeiter, 48% mehr als im Jahr 2005. Häufig steigen die Todeszahlen noch, weil die Minen- oder Firmenbesitzer versuchen, die Vorfälle zu verschweigen, und somit die Rettungsarbeiten verzögern. In den ersten vier Monaten des Jahres 2007 soll die Zahl der Toten durch Arbeitsunfälle nach offiziellen Angaben der State Administration of Work Safety (SAWS) zwar um 12,8% auf 30.753 gesunken sein, aber auch die

SAWS musste eingestehen, dass die Kohleminen im April wieder eine um 2,1% höhere Zahl gemeldet haben. Der Trend scheint sich also wieder umzudrehen – und einer der Gründe, so SAWS-Direktor Li Yizhong, ist die Kumpanei von Beamten und Betreibern sowie die Nachlässigkeit der Aufsichtsbehörden gegenüber illegalen Unternehmen. Die Zahl großer Minenunfälle, bei denen zwischen drei und neun Bergleute getötet wurden, stieg im April gegenüber dem Vorjahr um 75%, die Zahl der Toten um 90%.

Eine Antwort darauf soll eine chinaweite Kampagne von Mai bis September sein, die Sicherheitslücken finden und stopfen soll. Der Erfolg einer solchen Kampagne bleibt aber abzuwarten. So sollen z.B. alle Minen mit einer Jahreskapazität von unter 30.000 Tonnen geschlossen werden, unabhängig von ihren Unfallmeldungen. Diese Minen sind überwiegend Kleinstadt- und Dorfunternehmen in der Hand lokaler Unternehmer. Sie florierten mit der Unterstützung der Zentralregierung seit den 1980er Jahren, um den steigenden Energiebedarf zu decken. Bis 1991 sollen sie von rund 10.000 auf 100.000 zugenommen haben; ab 1997 gibt es Bestrebungen, die Zahl zu reduzieren. Bis 2006 sollen sie daraufhin auf 16.000 abgenommen haben, für 2007 ist eine Reduktion auf 10.000 geplant. Diese Zahlen sind jedoch in keinsten Weise verlässlich, da man davon ausgehen muss, dass nach Bekanntgabe der neuen politischen Richtlinien 1997 viele Minen gar nicht mehr gemeldet wurden. Immer wieder nahmen ausländische Beobachter die Diskrepanz zwischen den wirtschaftlichen Wachstumszahlen und den Steigerungsrä-

ten der Energieproduktion verwundert zur Kenntnis. Noch immer scheinen die offiziellen Stellen keine gesicherten Daten zu haben. So berichtete z.B. die SAWS am 9.1.2007, sie habe 10.669 illegale Kohleminen geschlossen, eine Größenordnung, die mit der genannten Gesamtzahl an Minen nicht kompatibel zu sein scheint. Wichtiger aber noch dürfte sein, dass die Unfallanfälligkeit nicht von der Größe einer Mine abhängt und dass die laufende Androhung der Schließung Unternehmer eher davon abhält, in Sicherheit zu investieren.

Auf Proteste seitens der städtischen Gewerkschaften stieß eine Anweisung in der Stadt Taiyuan in Chinas an Kohle reichster Provinz Shanxi, die quasi die Migranten für die Unfälle verantwortlich machte. Danach sollen die Familien von Arbeitern in illegalen Gruben bei Unfällen künftig keine Entschädigung mehr erhalten (im Todesfall immerhin 200.000 CNY, rund 25.000 USD). Die Gewerkschaften wiesen darauf hin, dass die ländlichen Arbeitskräfte häufig gar nicht erkennen könnten, ob es sich um illegale Minen handelt. Dass sie dort trotz der hohen Risiken arbeiteten, liege an den vergleichsweise hohen Löhnen und der Stabilität der Jobs.

Im März 2007 nahm sich der Staatsrat des Problems an, dass Unfälle häufig verschwiegen werden. Die Kommission für sichere Produktion kündigte an, künftig schärfer gegen Beamte und Unternehmer vorgehen zu wollen, die Informationen zurückhalten. Außerdem drängte sie die Besitzer kleinerer illegaler Minen, diese mit registrierten zusammenzuschließen, um die erforderlichen Sicherheitsbedingungen schaffen zu können. Diese Maßnah-

men zielen nicht nur auf *dishonest reporting*, sondern vor allem auf korruptes Verhalten seitens der Lokalbeamten. Gerade diese aber, so klagte die Oberste Staatsanwaltschaft an, kommen häufig ungeschoren davon. Nur in 5% der Fälle, in denen Beamte wegen Pflichtverletzung im Zusammenhang mit Industrieunfällen angeklagt werden, werden Gefängnisstrafen ausgesprochen.

Am 20. April wurden dann vom Staatsrat neue Regeln für das Berichten, Untersuchen und den Umgang mit Arbeitssicherheitsunfällen bekannt gegeben, in denen die Strafen gegenüber bisherigen Regelungen deutlich erhöht wurden. Die Formulierung dieser neuen Regeln, so ein verantwortlicher Beamter in einem Interview, war notwendig geworden, weil die entsprechenden Bestimmungen von 1989 und 1991 den sich gewandelten Marktbedingungen nicht mehr adäquat sind. Die neuen Regeln stufen die Unfälle nach Schwere ein (äußerst schwere Unfälle sind z.B. solche, die über 30 Menschen das Leben kosten oder über 100 schwer Verletzte oder wirtschaftliche Verluste von mehr als 100 Mio. CNY hervorrufen) und legen genau fest, wem wann wie schnell und mit welchen Inhalten berichtet werden muss. Äußerst schwere Unfälle z.B. sollen den entsprechenden Institutionen unter dem Staatsrat berichtet werden, wobei die verantwortliche Person im Unternehmen (in jedem Fall) innerhalb einer Stunde die zuständige Sicherheitsabteilung auf oder oberhalb der Gemeindeebene zu informieren hat und die Meldung zur jeweils nächst höheren Stufe innerhalb von zwei Stunden erfolgen muss.

Die Regeln legen weiter die Einrichtung von Untersuchungskommissionen fest, bestimmen die Abwicklungsprozeduren und benennen die Höhe der Strafen für die verantwortlichen Einheiten und Personen. Wenn falsch berichtet oder Material gefälscht wurde, wenn Untersuchungen ver- oder behindert wurden oder wenn sich die Verantwortlichen durch Flucht oder Verstecken der Strafe entziehen wollten, dann können die Einheiten Geldstrafen von mindestens einer bis maximal fünf Millionen CNY und die verantwortlichen Personen Geldstrafen im Werte von 60%-100% ihres Jahreseinkommens erhalten. Beamte erhalten zusätzlich Disziplinarstrafen. Strafrechtliche Vergehen werden vor Gericht behandelt.

Die SAWS will darüber hinaus enger mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zusammenarbeiten, um Kontrollverfahren, Risikoeinschätzungen sowie Ausbildung im Bereich der Arbeitssicherheit zu verbessern. Es geht ihr jedoch nicht nur um Unfälle, denn die Arbeiter sind auch anderen tödlichen Risiken ausgesetzt wie vor allem Berufskrankheiten. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums vom April 2005 waren die Arbeitsbedingungen in über 16 Mio. Unternehmen in China gefährlich oder standen unter Giftbelastung und über 200 Mio. chinesische Arbeiter waren davon betroffen. (SCMP, 21., 25.3., 18., 19., 21., 24.4., 1.5.07; XNA, 17., 28.4., 8., 11., 18., 22.5.07; XNA, 20.4.07, nach BBC PF, 26.4.07) (Günter Schucher)

Demografische Entwicklung kann Wirtschaftswachstum behindern

Chinas „demografische Dividende“ wird in den nächsten Jahren verbraucht sein, so ein Ergebnis des jüngsten *Global Development Report* der Weltbank. Eine äußerst niedrige Abhängigkeitsrate (1968 gab es die meisten Erwerbsfähigen im Verhältnis zu den abhängigen Personen unter 16 und über 60 Jahren) und eine dementsprechend vorteilhafte Bevölkerungsstruktur hat zu 27% zum Wirtschaftswachstum in den letzten 40 Jahren beigetragen. Jetzt allerdings zeigen die Statistiken nicht nur eine wachsende, sondern vor allem auch eine stark alternde Bevölkerung. 144 Mio. Chinesen sind jetzt über 60 Jahre alt, 2010 werden es 160 Mio. und 2044 400 Mio. sein.

Diese Entwicklung wird unterstützt durch zunehmende Unfruchtbarkeit von jungen Paaren. Zwar gibt es dazu keine landesweite Untersuchung, aber Angaben regionaler Untersuchungen lassen vermuten, dass durchschnittlich 7-10% der verheirateten Paare unfruchtbar sind (in den USA sollen es ebenfalls rund 10% sein). Spezialisten machen dafür den geänderten und ungesunderen Lebensstil (Fettleibigkeit, Trinken, Rauchen) und Umweltprobleme verantwortlich. Gesellschaftliche Veränderungen zeigen sich auch bei Abtreibungen: Waren es früher fast nur verheiratete Frauen, so treiben jetzt in den Städten immer mehr junge und alleinstehende Frauen ab, z.T. mehrfach. Nicht nur, dass für sie Abtreibung quasi eine Art „Verhütungsmethode“ zu sein scheint, die Zahlen weisen vor allem auf geänderte Lebensformen und deren fehlende Beachtung durch die Fami-

lienpolitiker hin.

Aber es gibt auch gegenteilige Meldungen, die die Familienplaner beunruhigen: Die ersten Einzelkinder seit Beginn der Familienplanung kommen jetzt in das Alter, das ihnen Kinder erlaubt – und Paare, bei denen beide Partner Einzelkinder sind, können zwei Babys bekommen. Außerdem heiraten die Paare auf dem Lande weiterhin sehr früh (das gesetzliche Heiratsalter ist 22 für Männer und 20 für Frauen). Und letztlich kümmern sich die Neureichen und Prominenten nicht um die Geburtenplanungspolitik. Rund 10% dieser Bevölkerungsgruppe sollen bereits drei Kinder haben.

Politiker in den bevölkerungsreichsten Provinzen wie Henan und Hunan reagieren darauf, dass sie einerseits Parteikadern, die das Gesetz zur Bevölkerungs- und Familienplanung vom Dezember 2001 verletzen, Strafen und Karrierestopps androhen und andererseits reichen und prominenten Paaren mit der öffentlichen Anprangerung drohen.

Die Politik bleibt aber umstritten, da sie immer wieder Lokalpolitiker zu Aktionen zu verleiten scheint, die nicht vom Gesetz gedeckt werden. So sehen es Beobachter schon als Erfolg, dass ein Gericht in Hebei den Fall eines Paares überhaupt verhandelt, das dem örtlichen Geburtenplanungsbüro in der Stadt Anshan (Gemeinde Changli) vorwirft, vor sechs Jahren eine Abtreibung im neunten Monat erzwungen zu haben. In Yongzhou, Provinz Hunan, sollen Lokalbeamte seit 1999 unter entwürdigenden Umständen unverheiratete Mädchen zu Schwangerschaftstests gezwungen haben. Wer sich weigerte oder den Test nicht be-

stand, bekam keinen Anteil an Einnahmen von Landverkäufen und ihr wurden Wahlrechte entzogen. Zwei Schwestern weigerten sich 2004 und versuchen seitdem per Petition ihr Recht einzufordern. Obwohl sie sogar vom nationalen Frauenverband unterstützt wurden und sechs Mal in Beijing vorsprachen, wurden sie bisher nur teilweise entschädigt.

Rechtsaktivisten sehen denn auch zwei Gründe für die Vorkommnisse: Einerseits fühlen sich Lokalbeamte durch die strikten Anweisungen aus Beijing ermuntert, andererseits fehlen Beijing die Zugriffs- und Kontrollmöglichkeiten auf der lokalen Ebene. Dies scheint auch für die schweren Unruhen zuzutreffen, die im Mai in verschiedenen Kleinstädten der Provinz Guangxi aufflammten. Gestützt auf eine gemeinsame Anweisung von KP und Regierung vom Januar, die Familienplanungsgesetze strikter umzusetzen (und dafür finanzielle Anreize zu nutzen), die sie dann aber mit den nicht gedeckten Mitteln des Zwangs umzusetzen suchten, haben Kader den Zorn der Bevölkerung geweckt. Sie zwangen Schwangere zur Abtreibung, drohten Eltern von mehr Kindern mit der Zerstörung ihrer Wohnungen, wenn diese nicht hohe Strafen zahlten, oder verhafteten auch Verletzer der sog. Ein-Kind-Politik. Nach einer dreimonatigen brutalen Kampagne durch sog. Arbeitsteams der Regierung war das Maß voll und es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, an denen mehrere Tausend Einwohner teilnahmen und Regierungsbeamte bedrängten, die Büros belagerten oder Fahrzeuge zerstörten. Ende Mai flaute die Bewegung ab, die Regierung nahm nach eigenen Angaben 28 Menschen

fest. (XNA, 24., 28.3., 9., 19.4., 6.5.07; ST, 12.4., 26.5.07; IHT, 12., 29.5.07; *Sunday Morning Post*, 8.4.07, nach BBC PF, 10.4.07; SCMP, 21.4., 25.5.07; AFP, 31.5.07) (Günter Schucher)

Bedenkliche Abnahme an Agrarland

Mitte April 2007 veröffentlichte das Ministerium für Boden und Ressourcen einen Bericht zur nationalen Landnutzung, der erschreckende Verluste an Agrarland verzeichnet. Danach wurde die Fläche an bebaubarem Land im Jahr 2006 bis Ende Oktober um 6.767 qkm reduziert: Davon wurden ein Drittel für Baumaßnahmen genutzt, 55% durch Naturkatastrophen oder Umweltschäden zerstört und nur 40 qkm gingen durch „landwirtschaftliche Umstrukturierung“ verloren. Da zugleich nur 3.685 qkm rekultiviert werden konnten, betrug der Nettoverlust 3.082 qkm. Insgesamt liegt die Fläche des bebaubaren Landes in China mit 1.226.000 qkm nur noch um 20.000 qkm über der von Ministerpräsident Wen Jiabao im letzten Regierungsbericht genannten kritischen Grenze von 1.206.000 qkm (120 Mio. ha). Wie ernst die Lage ist, ergibt sich auch aus der Angabe im Bericht des Bodenministeriums, dass 12,3 Mio. ha oder über 10% des bebaubaren Landes kontaminiert sind und dass sich die Situation durch die wachsende Umweltverschmutzung (verschmutztes Wasser, exzessive Nutzung von Dünger, Schwermetalle) noch verschlechtern wird.

Ein großes Problem stellt weiterhin die illegale Nutzung von Agrarland durch lokale Regierungen dar, die 603 qkm für nicht-agrarische Zwecke missbrauchten. Die (auf-

gedeckten) Fälle illegaler Nutzung stiegen gegenüber dem Vorjahr um 17,3% auf 131.000, 3.593 Personen wurden bestraft. Das Landmanagement durch die Lokalregierungen wird denn auch von Fachleuten als Schlüssel zum Schutz des Agrarlands betrachtet. Die Regierung versucht dieses z.B. durch Verbote zum Bau von Villen, Golfplätzen und Rennstrecken zu verbessern. Aber auch die Bevölkerung wehrt sich gegen Landnahmen. Im Januar wurden über 1.000 Beamte der Bereitschaftspolizei nach Foshan in der Provinz Guangdong entsandt, weil sich dort Bauern mit Demonstrationen gegen Beamte zur Wehr setzten, die ihnen keine Entschädigung für ihr Land zahlen wollten. (SCMP, 14.4.07; XNA, 22.4.07) (Günter Schucher)

Einkommensschere öffnet sich weiter

Bei der Vorstellung des jüngsten Grünbuchs zur ländlichen Wirtschaft wiesen die Experten der Akademie für Sozialwissenschaften und des Nationalen Statistikbüros darauf hin, dass die Einkommenskluft zwischen Stadt und Land von 2005 bis 2006 von 3,22:1 auf 3,28:1 angewachsen sei und im Jahre 2007 auf 3,3:1 anwachsen werde. Dies sei umso erschreckender, als gerade im letzten Jahr und noch einmal im ersten Quartal 2007 die Nettoeinkünfte der Bauern besonders, nämlich um 7,4% (2006) bzw. 12,1% (1. Quartal 2007), zugenommen haben. Dies sei vor allem steigenden Getreidepreisen geschuldet, eine Entwicklung, die spezifisch war (Spekulationen nach Ankündigung eines protektiven Ankaufspreises durch die Regierung) und sich in diesem Jahr nicht wiederho-

len wird. Außerdem haben sich im ersten Quartal dieses Jahres die Preise für Dünger und andere Produktionsmittel gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Ein weiterer Faktor der ländlichen Einkommenssteigerung sind die monetären Rücküberweisungen von Migranten in den Städten, aber auch hier sei mit keinem wesentlichen Wachstum zu rechnen.

Für die Absicherung des Existenzminimums der armen Bevölkerung auf dem Lande hat der Staatsrat am 23. Mai 2007 unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Wen Jiabao die Ausweitung des Beihilfesystems zum Lebensunterhalt beschlossen. 23 Provinzen haben bisher ein solches System geschaffen, von dem 15,93 Mio. Arme begünstigt sind: rund 70% der 23,65 Mio. Armen entsprechend des niedrigen chinesischen Kriteriums von 683 CNY an jährlichem Pro-Kopf-Einkommen (87,6 USD). In seinem Regierungsbericht vom März hatte Wen versprochen, dieses System noch in diesem Jahr auf ganz China auszuweiten. Begünstigte erhielten Ende 2006 33,2 CNY (4,25 USD) pro Monat, im ersten Quartal dieses Jahres fiel die Beihilfe aber auf 27,6 CNY. Zuständig sind die Lokalregierungen, aber die Zentralregierung will bei finanziellen Problemen einspringen. Insofern wird mit einem erneuten Anstieg gerechnet.

Die sich öffnende Einkommensschere verweist auf städtische Einkommen, die noch schneller steigen als die ländlichen. Shanghais Einwohner verfügten dem Nationalen Statistikbüro zufolge im ersten Quartal dieses Jahres über die höchsten durchschnittlichen verfügbaren (Quartals-)Einkommen in China: 6.795 CNY – ge-

folgt von der Nachbarprovinz Zhejiang (6.676 CNY) und von Beijing (5.901 CNY). Das durchschnittliche verfügbare Einkommen von Stadtbewohnern betrug 3.935 CNY, ein Anstieg von 19,5% in den ersten drei Monaten 2007, preisbereinigt noch 16,6% bzw. 5,8% mehr als im Vorjahr. Das Bareinkommen der Landbevölkerung stieg im ersten Quartal um 15,2% auf 1.260 CNY, der höchste Anstieg der letzten zehn Jahre.

Beijing vermeldet zugleich eine Veränderung der Ausgabenstruktur, die zeigt, dass die Stadtbevölkerung dort an der Schwelle zu einem „wohlhabenden“ Leben steht. Der Engel-Koeffizient, der den Anteil von Ausgaben für Lebensmittel am gesamten Familieneinkommen misst, ist in Beijing von 58,7% im Jahr 1978 auf 30,8% im Jahr 2006 gesunken. Nach Angaben der FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) bedeuten über 59% Armut; 50-59%, dass die täglichen Bedürfnisse knapp befriedigt werden können; 40-50% einen bescheidenen Wohlstand; 30-40% ein gutes Auskommen und unter 30% Wohlstand. (XNA, 7., 12.4., 15., 24., 27.5.07; SCMP, 20., 25.4.07) (Günter Schucher)

Aufbau eines Gesundheitssystems

Der Staatsrat hat Mitte März 2007 unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Wen Jiabao „Guidelines for the Health Development Programme during the 11th Five-Year Period“ beschlossen, um innerhalb von fünf Jahren ein umfassendes Gesundheitssystem für China aufzubauen. Es soll ein Netzwerk im medizinischen und Gesund-

heitsbereich geschaffen werden, in das alle Städte und Landbewohner bis Ende 2010 einbezogen werden und das das System für das öffentliche Gesundheitswesen, das System der kooperativen medizinischen Versorgung auf dem Lande, das System medizinischer Dienste in städtischen Kommunen sowie Systeme zum Medikamentenmanagement und zum Management öffentlicher Krankenhäuser umfasst. Der Staatsrat sieht diesen Plan als Beitrag zur Schaffung einer harmonischen Gesellschaft – und in der Tat ist die bisher unvollständige Reform des Gesundheitswesens, die viele Bedürftige ohne Hilfe lässt, wenn sie diese nicht bezahlen können, ein häufiger Anlass für Proteste und Unruhen. Auf dem Lande haben rund 90% der Bevölkerung keine Gesundheitsversicherung und wenig Zugang zu Ärzten. Im Jahr 2003, so ergab der letzte nationale Gesundheitsbericht, hatten 73% der Kranken auf dem Lande keine medizinische Behandlung. Zur Errichtung des neuen Systems will die Regierung ihre Ausgaben im Gesundheitsbereich in diesem Jahr auf 10,1 Mrd. CNY verdoppeln.

Aber auch der private Bereich soll nach Ansicht des Gesundheitsministeriums eine größere Rolle übernehmen. Derzeit sind 2.027 (10,8%) der Krankenhäuser und 146.000 (50,4%) der medizinischen Institute in China privat betrieben. Aber nur 3% der Betten stehen in privaten Krankenhäusern und nur 9% des medizinischen Personals sind dort beschäftigt. (XNA, 22.3., 15.5.07; XNA, 21.3.07, nach BBC PF, 23.3.07; SCMP, 22., 25.3.07) (Günter Schucher)

China hebt Gesetzgebung zur Organtransplantation auf höhere Stufe

Der Staatsrat der Volksrepublik China hat „Regularien für die Transplantation menschlicher Organe“ verabschiedet, die am 1. Mai 2007 landesweit in Kraft getreten sind. Damit werden die seit dem 1. Juli 2006 geltenden „Vorläufigen Bestimmungen zur Verwaltung klinischer Organtransplantation“ des Gesundheitsministeriums bestätigt, jedoch verschärft und präzisiert. Sie erhalten gesetzliche Verbindlichkeit. In den „Vorläufigen Bestimmungen“ waren technische Standards und Lizenzauflagen für den Umgang mit Organen definiert. Vor allem wurde darin jeglicher Organhandel verboten (dazu ausführlich C.a., 4/2006:81-97). In der Sitzung am 21. März 2007 diskutierte der Staatsrat unter Vorsitz von Premierminister Wen Jiabao die „Vorläufigen Grundsätze“, verabschiedete im Grundsatz „Regularien für die Transplantation menschlicher Organe (Entwurf)“ und überwies sie zur abschließenden Beratung an die zuständigen Gremien.

Am Konsultationsprozess waren in- und ausländische Experten aus Medizin, Recht, Soziologie und Ethik beteiligt. Das neue Regelwerk beruft sich auf international anerkannte Grundsätze, u.a. denen der Weltgesundheitsorganisation (WHO), und soll sowohl die medizinische Qualität des Transplantationswesens verbessern als auch die Interessen der Spender, Empfänger und Mediziner stärken.

Führende Ärzte begrüßten die Regularien als einen „großen Fortschritt für die medizinische Praxis“. Neben dem Ziel, mehr

Organspender zu gewinnen, soll diese Maßnahme zu größerer Rechtssicherheit auf Seiten der Ärzteschaft und zu einem geordneten Verfahren beitragen. Insbesondere will China dem wachsenden Kommerzialisierungsdruck entgegentreten, der zu einem „Organtourismus“ beiträgt, von dem wohlhabende In- und Ausländer, z.B. aus Japan, den USA oder Israel, profitieren, die lediglich aufgrund ihrer Zahlungskraft Spenderorgane erhalten.

In den 32 Artikeln der Regularien werden der Organhandel und die unerlaubte Entnahme von Organen unter Strafe gestellt. Dazu zählen der Entzug von Lizenzen und Strafgebühren in bis zu zehnfacher Höhe der illegalen Einkünfte. Die Organspende wird unter den Grundsatz der Freiwilligkeit und unter medizinische Aufsicht gestellt. Das „Hirntodkriterium“ wird anerkannt (Xinhua, 28.4.07); potenzielle Spender dürfen jedoch erklären, ob und in welchem Umfang sie zur Organspende bereit sind und ob sie nach dem „Hirntod“ oder, wie traditionell weitgehend üblich, nach dem „Herzod“ als Spender zur Verfügung stehen wollen. Ebenfalls wird die Lebendspende für Personen ab dem 18. Lebensjahr geregelt.

Im gleichen Zeitraum verstärkt die politische Führung ihre Kampagne zur Organspende. Das Gesundheitsministerium rief die Bevölkerung am 10. April 2007 zu freiwilligen Spenden auf, um der schwerwiegenden Knappheit von transplantationsfähigen Organen zu begegnen.

Nach Schätzungen chinesischer Ärzte finden in China pro Jahr ungefähr 10.000 registrierte Transplantationen statt. Das ist zwar die höchste Zahl im weltweiten Ver-

gleich. Der Bedarf liegt jedoch bei ca. 1,5 Mio. Die Infrastruktur weist weiterhin erhebliche Mängel auf. So gibt es kein landesweites zentrales Organregister. Kürzlich hatten deutsche Ärzte den Zusammenhang zwischen vertrauensbildenden Strukturen und Spenderaufkommen betont und dabei auf das Beispiel des Systems in Spanien verwiesen.

Angesichts der Probleme bei der Umsetzung gesetzlicher Maßnahmen in China bleibt die Frage der Akzeptanz der Regularien trotz ihres hochrangigen politischen Status und ihrer Strafbewährung bis auf Weiteres offen. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch betonte, „Regularien sind kein Ersatz für ein offenes und transparentes System“. (XNA, 22.3.07; SCMP, 23.3., 11.4.07; WSJ, 6., 7.4.07; ST, 8.4.07; „Freiberuflichkeit statt Fremdbestimmung“, Rede des Präsidenten der Bundesärztekammer vom 15.5.2007, Jörg-Dietrich Hoppe, zur Eröffnung des 110. Deutschen Ärztetages in Münster, <http://www.bundesaeztekammer.de>) (Ole Döring)

Außenwirtschaft

Margot Schüller

USA und China: 2. Strategischer Wirtschaftsdialog

Mitte Mai 2007 reiste die stellvertretende Ministerpräsidentin Wu Yi mit einer Delegation in die USA, um dort die zweite Runde des so genannten „Strategischen Wirtschaftsdialogs“ mit Vertretern der US-Regierung zu führen. In ihrer Funktion als